

Noch einmal: Der Friedenspreis

Unsere Leser werden sich daran erinnern, daß der verantwortliche Schriftleiter der „Politischen Verantwortung“, Johannes Rau, sich in der letzten Ausgabe unseres Blattes mit einem nachträglichen Kommentar zum Friedenspreis des Deutschen Buchhandels zu Wort meldete. Um unseren Lesern das Verständnis der abgedruckten Briefe zu erleichtern, wiederholen wir den Artikel angekrüzt (es versteht sich, daß auch die Briefe vollständig abgedruckt werden). Der Kommentar lautete:

Aus der „Politischen Verantwortung“ 11/12 - 1958:

BARTH ODER JASPERS?

Nachträglicher Kommentar zum Friedenspreis des Deutschen Buchhandels

Als anlässlich der Frankfurter Buchmesse im September dieses Jahres der im besten Sinne des Wortes gewichtige Friedenspreis des Deutschen Buchhandels (eine der wenigen Auszeichnungen in der Bundesrepublik, an die die Inflation der Preise nicht rühren konnte) an Karl Jaspers, den Philosophen, verliehen wurde, konnte man von unterrichteten Leuten hören: eigentlich sei Karl Barth, der Basler Theologe, als Träger ausersuchen gewesen. Die Wahl sei so gut wie unter Dach und Fach gewesen, man habe sich Gedanken über die Delegation gemacht, die dem politisch oft umstrittenen, aber theologisch bedeutsamsten, die Gegenwart seiner Disziplin am stärksten prägenden Lehrer diese hohe Ehrung habe antragen sollen.

Dann sei Karl Jaspers gewählt worden, dessen Buch „Die Atombombe und die Zukunft des Menschen“ ein bedeutender Beitrag zum Frieden sei und der dann eine große Rede hielt, die alle zum Nachdenken zwang, die sich das Nachdenken noch nicht abgewöhnt haben.

So weit, so gut. Seit seiner Stiftung hat sich der Friedenspreis des Deutschen Buchhandels durch sein Komitee den Träger gesucht, der würdig schien. Die Wahl fiel auf Jaspers statt auf Barth, den manche gern als Träger gesehen hätten. In diese Entscheidung haben wir nicht hineinzureden. Die Würdigkeit des Philosophen mag so groß sein wie die des Theologen. Hier gelten persönliche Meinungen nur in ihren Summen. Die Summe hieß Karl Jaspers.



Karl Jaspers

dpa-Bild

Aber: das Gerücht besagt, die für Karl Barth vorgesehene Ehrung sei nicht wegen der Meinungen im Komitee auf Karl Jaspers übergegangen, sondern auf einen Hinweis aus „gut unterrichteten Bonner Kreisen“ hin. Die gute Unterrichtung habe in der Mutmaßung bestanden, daß der ständige Ehren gast der Verleihungs-

feier, der Bundespräsident, die Ehre seiner Anwesenheit wohl dem Philosophen Jaspers, nicht aber dem Theologen Barth geben könne, da dessen politische Ansichten und dessen eventuelle Rede über den Frieden im diametralen Gegensatz zu den in der Bundesrepublik gängigen Vorstellungen stünden.

Ist das nicht besorgniserregend? Niemand wird dem Bundespräsidenten vertrauen, daß er selbst sich so geäußert habe. Niemand glaubt, daß dem Liberalen Heuss so viel Liberalität abgehe, daß er, der ein feines Gemerk für Größe hat, Karl Barth nicht ehren wolle, selbst wenn er andere politische Ansichten haben sollte. Niemand wird meinen, Karl Barth könne wegen seiner Stellungnahmen zur Wiederbewaffnung oder zum atomaren Wettrüsten preisunwürdig geworden sein. Oder?

Ist es in der Tat so, daß das Friedenspreiskomitee seine Unabhängigkeit verloren hat, dieser Kreis, dessen Respektabilität bis heute nie angezweifelt worden ist? Wohin sind wir gekommen, wenn — falls das Gerücht stimmt — Winke aus Bonn, womöglich aus der Umgebung des Bundespräsidenten, nicht einmal von ihm selbst, die getroffenen Entscheidungen reviditionsbedürftig machen?

Das alles ist Gerücht. Ein Gerücht allerdings, das am besten sehr schnell aufgeklärt würde. Ein Mitglied des Komitees, nach den Vorgängen befragt, berief sich (das können wir verstehen) auf den Konklavecharakter der Komiteesitzungen und auf die Vertraulichkeit der Sitzun-

gen. Nun, das Konklave scheint nicht ganz vermauert gewesen zu sein.

Albert Schweitzer war bei der Verleihung an Jaspers dabei als einer der ersten Träger (freilich diesmal, ohne begründet oder offiziell genannt zu werden). Er wäre sicher auch dabei gewesen, wenn Karl Barth der Geehrte geworden wäre, Karl Barth, den man zuerst ehren wollte.

Wir schreiben dies nicht als Attacke gegen Jaspers. Das sollte deutlich sein. Wir schreiben das nicht wegen der durch Addition von Preisen ohnehin nicht zu addierenden Ehre, die Karl Barth durch sein großes Werk hat. Wir schreiben das nicht gegen den Bundespräsidenten, den anzugreifen jede Plattform falsch wäre. Wir schreiben das, damit der Friedenspreis seine doppelte Bedeutung behält: ein Preis für Menschen zu sein, die dem



Karl Barth

dpa-Bild

Frieden dienen, ein Preis von Unabhängigkeit von außen — wie die Kardinalie im Konklave, um im Bild zu bleiben — den wählen, der ihrem Bild entspricht.

Johannes Rau

Auf diesen Kommentar hin schrieb unter dem 17. Dezember 1958 Bundespräsident Professor Dr. Heuss dem Schriftleiter den folgenden Brief:

Sehr geehrter Herr Rau!

In dem November/Dezember-Heft der „Politischen Verantwortung“ kommentieren Sie das „Gerücht“, „Winke aus Bonn“, womöglich aus der Umgebung des Bundespräsidenten, hätten das Gremium, das den Träger des „Friedenspreises des deutschen Buchhandels“ bestimmt, veranlaßt, statt für den vorgesehenen Basler Theologen Karl Barth den Basler Philosophen Karl Jaspers zu benennen. Eine einfache Rückfrage bei mir hätte den Charakter des „Gerüchtes“ ausgelöscht und den einfachen Tatbestand Ihnen dargetan.

Ich weiß gar nicht, wer die Mitglieder jenes Komitees sind — sie treffen ihre Entscheidungen auf eigene Verantwortung, erben sich bei mir keine Vorschläge und ich denke mich daran, in diese Dinge mich zu mischen. Die Verbindung zu der jährlichen Veranstaltung entstand dadurch, daß man mich vor Jahren darum bat, die Laudatio auf die mir befreundeten Albert Schweitzer und später Carl J. Burckhardt zu übernehmen.

Im Frühjahr nun erfuhr ich in einem gelegentlichen Gespräch mit einem Verleger,

daß Karl Barth vorgeschlagen werden soll. Ich bitte, mich nicht für so ungebildet zu halten, daß ich nicht den geistigen Rang und die moralische Kraft des Mannes zu würdigen wisse — seine theologische Position zu würdigen fehlt mir, da ich meine Grenzen zu kennen glaube, die Zuständigkeit. Es konnte mir gar nicht einfallen, irgend einen „Einspruch“ zu erheben, ich sagte nur ganz einfach und unmittelbar: „Ich selber werde dann nicht kommen können“. An dieser Entscheidung ist gar niemand anderes beteiligt als ich selber. Sie meinen, das entspreche doch nicht meiner „Liberalität“, die Sie so freundlich sind, an mir zu rühmen. Das hat mit „Liberalität“ gar nichts zu tun, sondern mit politischem Takt, den ich im gegebenen Fall Karl Barth wie mir selber schuldig zu sein glaube und glaube. Als Privatmann würde mich vermutlich das, was er mit der Kunst der paradoxen Formulierung vorgetragen hätte, als ein Stück Individual- und Geistesgeschichte interessiert haben, aber aus wiederholter Begegnung bin ich dessen ziemlich gewiß, daß die Situation gekommen wäre, die für mich, vielleicht auch für ihn,

peinlich geworden wäre. Das wollte ich uns beiden ersparen wie auch den Anwesenden. Ich war im „Parlamentarischen Rat“ der einzige gewesen, der die Wehrpflicht als eine Funktion der Demokratie darzustellen versuchte und glaube, daß ich damit weithin Barths eigene Position gegenüber der eidgenössischen Tradition und Rechtsordnung getroffen habe. Aber, so schrieb ich vor einem Jahr einem Freunde, der Barth menschlich und theologisch nahe steht: Es will mir nicht in den Kopf, auch theologisch nicht, daß das, was südlich Riehen, dem Basler Grenzort zum Markgräfler Land, Tugend ist, nördlich davon Laster und Hybris sein soll.

Ich glaube die Freiheit zu besitzen, persönliche Entscheidungen zu treffen,

Der Verfasser unseres Artikels, Johannes Rau, antwortete dem Bundespräsidenten am 2. Januar so:

Sehr verehrter Herr Bundespräsident, mit aufrichtigem Dank habe ich Ihr Schreiben vom 17. Dezember erhalten, in dem Sie von Ihrer Beteiligung oder, besser, von Ihrer Nichtbeteiligung an der Wahl des Friedenspreisträgers 1958 berichten. Ihr Brief hat vieles geklärt.

Auch mir lag daran, daß das Gerücht von Ihren „Winken“ von Karl Barth weg und auf Karl Jaspers zu auf seinen Tatbestand reduziert würde.

Der Gedanke, mich an Sie zu wenden, war mir allerdings nicht gekommen. Der Artikel in der „Politischen Verantwortung“ sollte keine Attacke gegen Sie sein. Ich bin mit Ihnen der ganz selbstverständlichen Meinung, daß niemand in Ihre Entscheidungen (wo-

hin ich gehe, wo ich nicht hingehge. Ob meine Bemerkung, daß ich wegbleiben werde, für das Gremium von großem Gewicht war oder nicht, ist mir unbekannt. Daß man sich für Karl Jaspers entschied, ist ganz ohne mein Zutun erfolgt. Ich habe Ihnen so ausführlich geschrieben, weil ich Erfahrung genug gesammelt habe, daß das „Gerücht“ eine verderbliche Macht besitzt, in Wandlungen sich weiterfrischt — wie viele Dinge, die ich gesagt habe oder haben soll, sind mir während dieser Jahre in sanfter Sinnverschiebung wieder begegnet! Deshalb dieser Aufschrieb über „meine Rolle“ in dieser Geschichte.

Ihr
gez.: Theodor Heuss.



Theodor Heuss dpa-Bild

den Friedenspreisträger Karl Jaspers gerichtet (wenngleich ich in der Wehrdienstfrage in der Bundesrepublik näher bei Barth bin als bei Heuss). Darum ging es bewußt nicht. Es ging und geht um die innere Unabhängigkeit des Stiftungsrates des Friedenspreises.

Ich bitte Sie, sehr verehrter Herr Bundespräsident, meinen Artikel „Barth und Jaspers?“ so aufzunehmen.

Mit der Wiederholung meines Dankes für Ihren Brief darf ich meine besten Wünsche für ein gnadenvolles Jahr 1959 verbinden.

Ihr sehr ergebener
gez.: Johannes Rau.

Wir fragen dazu: Wie weit sind wir wieder?

Das also ist geschehen: Nachdem der Stiftungsrat für den Friedenspreis sich auf Karl Barth geeinigt hatte, sagte der Bundespräsident einfach und unmittelbar: „Ich selber werde dann nicht kommen können“. Das wirkte so, daß der unabhängige Stiftungsrat aus der Entscheidung für Karl Jaspers eine gegen Karl Barth machte.

Wie denn? Wie weit sind wir wieder? Welche Rolle hat der Bundespräsident in den Augen jener, die so zu handeln für richtig halten? Johannes Rau hat in seinem Beitrag deutlich gemacht, daß es nicht gegen den Bundespräsidenten und nicht gegen den Friedenspreisträger Karl Jaspers ging. Auch das Mißverständnis des bloßen Eintretens für Karl Barth wäre unfruchtbar.

Daß der Stiftungsrat sich in dieser Weise beeinflussen und umstimmen ließ von einem Manne, der nun eben das nicht wollte, dem nichts ferner liegt, als die Unabhängigkeit eines Gremiums anzutasten — das ist beunruhigend. Welches Mißverständnis von der Person und vom Amt des Bundespräsidenten muß hier vorliegen! Theodor Heuss hat oft und deutlich genug darauf hingewiesen, daß er sich nicht als Dekoration mißverstehen lassen möchte. Sein Respekt vor der Wahl des Stiftungsrates hätte nur steigen, nicht aber sinken können, wenn die elf Buchhändler und Verleger eher auf die Teilnahme des Bundespräsidenten als auf ihre eigene, freie Wahl verzichtet hätten. Sowohl der Friedenspreis als auch —

hin Sie gehen, wo Sie nicht hingehen) hinzuzufügen hat. Deshalb schien mir das Rückfragen nur bei einer Stelle seinen Sinn zu haben: bei Mitgliedern des Stiftungsrates des Friedenspreises. Und da habe ich gefragt.

Mir scheint, daß der politische Akzent in den Friedenspreis 1958 nicht durch Ihre einfache, unmittelbare und verständliche Absage gekommen ist, sondern eben dadurch, daß diese Absage den Stiftungsrat in einer Weise beeinflussen und umstimmen konnte, die gewiß niemand weniger beabsichtigt hat als Sie. Sie werden gewiß verstehen, daß mir viel daran liegt, meine hartnäckigen Fragen in dieser Geschichte nicht in den Verdacht geraten zu lassen, sie seien gegen den Bundespräsidenten oder gegen

folgerichtig — sein Komitee haben einen Rang, der durch einen so berechtigten Satz wie den des Bundespräsidenten doch weder angegriffen werden sollte noch konnte.

Niemand wird jetzt sagen, die Mitglieder des Stiftungsrates, die am 2. Mai jenen Austausch beschlossen — Richard Beck, Werner Dodesöhner, Heinz Gamber Hoffmann, Tönjes Lange, Fritz Lempp, Robert Jockusch, Felix Jud, Josef Knecht, Heinrich Wild und Friedrich Wittig — hätten allesamt und in völliger Einmütigkeit zugestimmt, als die Dinge so liefen. Das wird keiner sagen können, der den einen oder andern kennt. Aber es bleibt bedauerlich — und es ist kein Gegenbeweis, daß der Stiftungsrat bei der Aufklärung schweigt und dem Bundespräsidenten vornehm den Vortritt läßt —, daß die Demokratie offenbar auch in so respektablen Gremien so unterentwickelt ist, wie diese Geschichte zeigt. Denn darum geht es: um den demokratischen, menschlichen Geist, den

in den staatlichen Organen der Bundesrepublik niemand so exemplarisch lebt wie Theodor Heuss, den kaum jemand mit vielen Deutschen so mutig und konsequent verteidigt hat wie der Schweizer Karl Barth (bis zur Konsequenz der Ausweisung), den Karl Jaspers in seiner Rede anlässlich der Friedenspreisverleihung spüren ließ.

Dieser Geist ist durch diese Geschichte der Austauschwahl nicht bewiesen, nicht gestärkt, nicht manifestiert worden. Und er hätte es so nötig bei uns — wie eben diese Geschichte lehrt. Dieser Geist ist gedämpft und beschämt worden. Darum ist — jenseits der Entscheidung für Jaspers, die ohne Vorgeschiede noch chrenvoll gewesen wäre — der Beitrag des Friedenspreises 1958 zur Festigung der Demokratie eine traurige Geschichte. Weil es um nichts, aber wirklich nichts anderes geht als um unsere Demokratie, darum haben wir unsere Fragen hier gestellt und darum werden wir weiter fragen. PV

Naturschutzpark für Prominente?

Die ebenso bedeutungslose wie aufgebrauchte Berichterstattung gewisser Wochenblätter hat dem Bundesjustizministerium den willkommenen Anlaß geboten, um erneut den Versuch zu unternehmen, der Presse einen Maulkorb vorzubinden. Geschickterweise ist bei dem nun vorliegenden Referentenentwurf nicht mehr nur ein „Lex Soraya“ herausgekocht worden, sondern ein sogenanntes

Ehrenschutzgesetz zur Neuordnung des zivilrechtlichen und Ehrenschatzes. Darin wird versucht, Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens den Schutz einer erweiterten Privatsphäre genießen zu lassen, weil sie bisher durch die Presse angeblich „täglich einem derartigen Schmutz ausgesetzt sind“, wie der neugewählte Präsident des Bundesverfas-

(Fortsetzung auf der nächsten Seite)